

# Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 30. April 2021

## Unter Einsatz des Lebens

Thorsten Frei

fordert mehr Wertschätzung für die Polizei und beklagt, dass die Hemmschwelle für Angriffe auf die Sicherheitskräfte immer weiter sinkt.

**D**ie Mitarbeiter unserer Polizei und unserer Sicherheitsbehörden arbeiten für unsere persönliche Sicherheit und Freiheit. Ihnen gebührt kein grundsätzliches Misstrauen, sondern Dank, Anerkennung und Respekt!

Mich ärgert und macht betroffen, wenn die Vorsitzende der SPD der deutschen Polizei einen „latenten Rassismus“ unterstellt oder ein grüner Justizsenator im Land Berlin mit einem Antidiskriminierungsgesetz die Polizei unter Generalverdacht stellt: Nicht derjenige, der Diskriminierungsvorwürfe erhebt, muss diese beweisen, sondern der betroffene Polizist muss darlegen, dass er – etwa mit der Kontrolle eines Ausländers – nicht diskriminiert hat.

Die Faktenlage ist eindeutig: Der gemeinsame Lagebericht von Bund und Ländern zu rechtsextremistischen Verdachtsfällen bei der Polizei und in anderen Sicherheitsbehörden, der im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde, erfasste im Zeitraum Januar 2017 bis März 2020 insgesamt 377 Verdachtsfälle. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Jeder dieser Fälle ist ein Fall zu viel! Jedem einzelnen Fall muss nachgegangen und jedes Fehlverhalten konsequent sanktioniert werden. Doch angesichts von weit über 300 000 Beschäftigten in den Sicherheitsbehörden von Bund



Der Gastautor (47) ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

und Ländern sind 377 Verdachtsfälle, selbst wenn man eine gewisse Dunkelziffer annimmt, eine so geringe Zahl, dass man nicht von einem strukturellen Problem sprechen kann. Der Lagebericht von Bund und Ländern macht vielmehr deutlich: Es gibt keinen latenten Rassismus- oder Rechtsextremismus bei unserer Polizei. Die überwältigende Mehrheit der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes.

Doch der Vorwurf der SPD-Vorsitzenden geht nicht nur an den Fakten vorbei, sondern das Gravierende an ihm ist, dass er ein Klima des Misstrauens und ein Feindbild schafft, das die Hemmschwelle für Angriffe auf unsere Polizistinnen und Polizisten senkt, und damit komme ich zu einer Zahl, die bedauerlicherweise oft nur wenig Aufmerksamkeit findet: Das aktu-

elle Lagebild des Bundeskriminalamtes zur Gewalt gegen Polizisten verzeichnet fast 37 000 Fälle von versuchten und vollendeten Gewalttaten. Rund 70 000 Polizistinnen und Polizisten wurden im Vorjahr Opfer von Widerstandshandlungen und tätlichen Angriffen. Die Zahlen sind in den letzten Jahren so stark gestiegen, dass wir 2017 das Strafrecht verschärfen und Angriffe auf Polizisten – und im Übrigen auch auf Rettungssanitäter – härter bestrafen mussten.

Doch nicht nur strafrechtlich haben wir in dieser Wahlperiode unserer Polizei den Rücken gestärkt. Wir haben darüber hinaus erhebliches Personal aufgebaut: die Bundespolizei haben wir von 39 684 auf 49 945 Stellen, das Bundeskriminalamt von 5260 auf 8027 Stellen aufgestockt. Die Stellenzulage bei der Polizei wurde deutlich erhöht. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen haben wir 2017 zudem die Imagekampagne „Polizei und Rettungskräfte. Stark für Dich, Stark für Deutschland“ ins Leben gerufen.

Schauen Sie sich im Internet bei Gelegenheit einen der kurzen Filme dieser Kampagne an. Sie werden sehen: Unsere Polizistinnen und Polizisten tun keinen leichten Dienst. In manchen Situationen setzen sie ihre Gesundheit oder gar ihr Leben für uns aufs Spiel. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir ihnen begegnen.